

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (27)



2. Juli 2025

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Am 2. Juli 2025 fand die letzte Kreistagssitzung vor der Sommerpause statt. Die nächste Sitzung wird erst im September sein. Auf der Tagesordnung standen 33 Tagesordnungspunkte. Unsere Anträge standen auf Platz 27 und 28.

Das macht ein Problem deutlich, das seit einigen Jahren geschaffen wurde: Es werden nur noch sieben Sitzungen im Jahr anberaumt. Früher waren es mal zehn. Mal abgesehen davon, dass dann die Sitzungen ellenlang sind und gegen Ende kaum noch jemand wirklich zuhört, weil die Konzentration nachlässt, ist es auch eine Frage demokratischer Mitbestimmung.

Abgeordnete sollen das Verwaltungshandeln kontrollieren, sie sollen Impulse geben für neue Sichtweisen, neue Vorhaben. Das braucht natürlich auch eine politische Bühne. Darüber muss man sich auseinandersetzen. Die Kreisspitze würde jetzt abwiegeln: Dafür haben wir ja die Fachausschüsse. Das stimmt natürlich. Doch finden weniger Kreistagssitzungen statt, gibt es auch weniger Sitzungen der Fachausschüsse. Und dazu ist die Tagungszeit der Ausschüsse meist nur zwei Stunden und nur ausnahmsweise mal länger.

Apropos demokratische Mitbestimmung! In Hessen soll die Gemeindeordnung geändert werden. Erstens werden Wahlstimmen zukünftig nach dem Zählverfahren D'Hondt ausgezählt und das rundet Stimmergebnisse ab. So werden große Parteien bevorzugt. Vorher hieß das Auszählverfahren Hare-Niemeyer und das rundete Stimmergebnisse eher auf. So hatten kleine Wählervereinigungen auch mal eine Chance auf ein kommunales Mandat. Das ist von der Landesregierung nicht mehr gewollt. Und Zweitens sollen die Hürden für Bürgerbegehren erhöht werden, insbesondere bei Projekten von größerem Umfang. Das bedeutet beispielsweise, dass es schwieriger wird, große Bauprojekte oder Infrastrukturvorhaben zu beeinflussen oder zu stoppen.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Aktionsplan Inklusion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Wetteraukreis
2. Antrag Koalition: Kommunalen Finanzausgleich 2026
Änderungsantrag DIE LINKE.: Mehr Druck für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen!
3. Antrag der Koalition: Einheitliches Modell der Abfallentsorgung
4. Anträge DIE LINKE.: Grundwasserschutz und Starkregenkataster
5. Antrag der AfD: Kreis soll Remigration fördern

RÜCKLICHT



550 Menschen protestierten gegen die Waffenschau der Bundeswehr auf dem Hessesttag in Bad Vilbel
Am 14. Juni erlebte Bad Vilbel seine bisher größte Demonstration. Trotz Temperaturen über 30 Grad ging es vom Bahnhof an vielen Ständen und Besuchern vorbei, bis zur Niddawiese gleich neben der Waffenschau der Bundeswehr. Seit mehreren Jahren missbraucht die Bundeswehr den Hessesttag als Werbeschau, um junge Menschen für den Kriegsdienst zu begeistern – diesmal gemeinsam mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall. Ganze Schulklassen werden zur Karriereberatung eingeladen. Auf Panzern, Kampf-



hubschraubern und direkt am Maschinengewehr dürfen Kinder ihre Technikbegeisterung ausprobieren. DIE LINKE. Wetterau war Teil des Bündnisses „Friedlicher Hessesttag“, das die Proteste organisiert hatte. Die Forderungen des Bündnisses:
Für einen Hessesttag ohne Militär!
Keine Waffenschau beim Hessesttag!
Keine Kinder auf Panzern und Kampffjets!
Ein Hessesttag für Frieden und Völkerverständigung!

Aktionsplan Inklusion

Endlich – fast 20 Jahre nach Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention – hat der Kreistag einen „Wetterauer Aktionsplan“ verabschiedet. Ein erster Vorschlag war bereits vor 12 Jahren ausgearbeitet worden. Doch beschlossen wurde nie irgendetwas. Insofern ist dieser jetzige Beschluss wohl ein Fortschritt. Ob der Wetteraukreis nun einen Plan hat, wie für Menschen mit Behinderungen gleiche Beteiligungsmöglichkeiten entstehen könnten, lässt sich bezweifeln. Denn über eine Zusammenstellung der bereits bestehenden Hilfsangebote geht dieser „Aktionsplan“ nicht hinaus.

Für eine wirkliche Teilhabe muss wohl weiterhin gekämpft werden.

Doch das wird zunehmend schwerer.

Denn nicht nur in den Kommunen wird gespart. Auch im Landeswohlfahrtsverband (LWV) wird über Einsparungen nachgedacht. Seit die SPD im LWV eine große Koalition mit der CDU eingegangen ist, stehen Kostensenkungen ganz oben auf der Tagesordnung. Auch soll überprüft werden, wer Zugang zu den Leistungen bekommen soll und wer nicht ganz so behindert ist.

Das klingt schräg. Das ist schräg! Wo bitteschön verläuft die Grenze zwischen den Behinderungen, die als leistungsberechtigt anerkannt werden und den anderen, mit denen die Menschen dann allein fertig werden sollen? Wer definiert das? Und wie? Und das schlimmste ist: Diese Debatte findet in der Öffentlichkeit so gut wie keine Beachtung. Selbst die Betroffenen und ihre Angehörigen wissen oft nichts davon.

Und hat jemand Hoffnung, dass das bald wieder besser wird? Wenn der Bund 5% vom BIP für Rüstung ausgeben wird – das ist in etwa die Hälfte des derzeitigen jährlichen Bundesetats – wird ganz sicher bei den sozialen Leistungen gespart.

In unseren zwei Minuten Redezeit haben wir das gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Wir werden diesem Aktionsplan zustimmen. Viel zu lange wurde das Thema Inklusion auf die lange Bank geschoben. 2013 haben zahlreiche Fachleute und Gremien an einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die Wetterau gearbeitet. Doch diese Arbeit wurde wenig gewürdigt, geschweige denn in einem Ausschuss beraten, und schon gar nicht im Kreistag abgestimmt.

Über die Gründe kann man spekulieren. Wir denken, dass die zu erwartenden Kosten eine nicht unerhebliche Rolle spielten. Dass Inklusion nicht umsonst oder kostenneutral zu haben ist, dürfte aber allen Beteiligten klar sein.

Jetzt gibt es also beinahe 20 Jahre nach Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention endlich einen Aktionsplan. Doch, meine Damen und Herren, ein wirklicher Aktionsplan ist es nicht. Es ist eine Zusammenfassung, eine Übersicht der bereits bestehenden Arbeitsfelder des Wetteraukreises. Die allermeisten davon sind Pflichtaufgaben.

Eine guter Übersicht – ja. Dennoch kein Aktionsplan. Ein Aktionsplan müsste unseres Erachtens konkret die nächsten Zwischenziele benennen, die zur Weiterentwicklung inklusiver Maßnahmen führen. Er müsste Aufgaben benennen, die noch ausstehen und als nächstes angegangen werden sollen. Das macht er aber nicht.

In dem vorgelegten Papier gibt es auch keine Zeitleiste für die Umsetzung und Weiterentwicklung inklusiver Maßnahmen. Überwiegend steht in der Spalte „Zeitplan“ das Wort: „fortlaufend“. Fortlaufend – das erweckt den Eindruck, dass alles schon gut ist und nur fortgeführt werden muss. Aber so ist es nicht. Nun. Wir werden heute zustimmen. Aber wir sehen noch viel Arbeit bei der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention.

Der Aktionsplan wurde beschlossen. Die Kreisbeigeordnete Marion Götz versprach, in jedem 1. Jahresquartal einen Umsetzungsbericht vorzulegen. Das finden wir gut!

Antrag Koalition: Kommunalen Finanzausgleich 2026

Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Die Wenigsten können ihre Pflichtaufgaben noch bewältigen. Die Koalition aus CDU und SPD im Land Hessen hatte im Koalitionsvertrag vereinbart, 2026 eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs umzusetzen. Die Kommunen sollten damit etwas entlastet werden. Jetzt ist dieser Plan gestorben. Bestenfalls auf ein Reförmchen kann man hoffen, und an der finanziellen Situation der Kommunen ändert sich wieder nichts.

Whow, das ist stark! Jetzt wollte es die Wetterauer Koalition – auch aus CDU und SPD – den Wiesbadenern mal zeigen! Doch Plumps! – Beim Koalitionsantrag kam nur eine schüchterne Frage heraus:

„Der Kreisausschuss wird gebeten von der Landesregierung zu erfragen, welche Verbesserungen es durch die KFA Reform 2026 für die Kreise sowie kreisangehörigen Städte und Gemeinden und insbesondere für den ländlichen Raum gibt und wie die finanziellen Aufwendungen für Kinder und Jugendliche besser berücksichtigt werden.“

DIE LINKE. Fraktion hat einen Änderungsantrag geschrieben:

Der Kreisausschuss des Wetteraukreises tritt an die Hessische Landesregierung mit zwei Forderungen heran:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs auszuarbeiten, damit zukünftig eine angemessene Finanzierung der kommunalen Aufgaben möglich ist. Die Neuregelung der Kommunalfinanzen muss oberste Priorität haben.
2. Alle künftigen Gesetzesvorhaben müssen die Auswirkungen auf die Kommunen und Landkreise berücksichtigen. Ohne eine kostendeckende finanzielle Ausstattung dürfen von übergeordneten Parlamenten keine zusätzlichen Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen werden.

Der vollständige Antrag mit Begründung ist hier zu lesen: <https://die-linke-wetterau.de/vorstoss-mit-samthandschuhen/>

Wir haben diese Rede gehalten:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren, wir haben einen Änderungsantrag geschrieben, weil uns der Antrag der Koalition zu den kommunalen Finanzen völlig unzureichend erscheint.

Angesichts der desolaten Situation der Finanzlage von Landkreisen, Städten und Gemeinden reicht es nicht, lediglich hintersinnig „zu erfragen, welche Verbesserungen es durch die KFA Reform 2026“ geben soll.

Es ist heute schon klar, dass eine ausreichende finanzielle Ausstattung mit einer partiellen Abänderung des Kommunalen Finanzausgleichs 2026 nicht erfolgen wird. Dafür gibt es keine ernsthaften Anzeichen. Und kosmetische Veränderungen reichen unseres Erachtens nicht mehr aus. Es ist an der Zeit, mit Forderungen an die Landesregierung heranzutreten.

Wir haben zwei Forderungen in unserem Änderungsantrag formuliert:

Erstens muss es eine echte Reform des Kommunalen Finanzausgleichs geben, die eine ausreichende Finanzierung der kommunalen Aufgaben ermöglicht.

Und zweitens müssen alle zukünftigen Gesetzesvorhaben dahingehend geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf die Landkreise, Städte und Gemeinden haben.

Durch Beschlüsse gesetzgebender übergeordneter Parlamente darf die finanzielle Handlungsfähigkeit und damit die kommunale Selbstverwaltung nicht gefährdet werden!

Es gibt keinen Grund mehr für nette Nachfragen. Das hilft nichts.

Erinnern Sie sich, dass die Stadt Alsfeld 2019 erst eine Verfassungsbeschwerde gegen das Land Hessen einreichen musste, ehe beim Kommunalen Finanzausgleich wenigstens einige Änderungen zugunsten der Kommunen erreicht werden konnten.

Für eine bessere Finanzierung müssen wir uns auf die Hinterbeine stellen!

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag

Unser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der Koalition: Einheitliches Modell der Abfallentsorgung

Es geht mal wieder um Synergieeffekte. Deswegen will die Kreisspitze jetzt prüfen, wie man die Abfallentsorgung mit den Kommunen abgestimmt und einheitlich organisieren kann.

Das ist erst mal kein schlechter Plan. Doch es kommt sehr darauf an, was dann da als Synergie rauskommt. Der Koalitionsantrag wurde natürlich angenommen.

Wir haben das gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir danken Gerhard Salz von den Grünen für seinen Redebeitrag. Er hat die kritischen Punkte angesprochen. Auch wir sehen die Abschaffung des Wiegesystems sehr kritisch. Auch wir möchten Recycling befördern und Müllsparen belohnen. Es geht nicht allein um die größte Effizienz – es geht beim Müll auch wesentlich um Vermeidung und Umweltschutz. Deshalb unterstützen wir den grünen Antrag.

Wir möchten aber auch noch auf einen anderen Punkt verweisen, warum Müllvermeidung belohnt werden müsste: Einkommensschwache Haushalte können ohne ein Wiegesystem ihre Kosten nicht beeinflussen. Es ist gleich teuer, ob man Müll einspart oder nicht. Und eben meist zu teuer.

Anträge DIE LINKE.:Grundwasserschutz und Starkregenkataster

DIE LINKE. beantragte, der Wetteraukreis solle bis Sommer 2026 ein Konzept zur nachhaltigen Sicherung der Grundwasserreserven erstellen.

Im Klimaschutzkonzept des Wetteraukreises von 2020 kommt das Thema Wasser nicht vor.

Im Klimaschutzbericht für 2021/2022 gibt es ein klitzekleines Kapitel über den Wasserverbrauch in kreiseigenen Liegenschaften.

Wir kritisieren an diesen Veröffentlichungen, dass den Themen Wasser und Grundwasserschutz zu wenig Bedeutung beigemessen wird.

Es kann auch nicht allein um den Wasserverbrauch gehen und die Sicherung der Trinkwasserqualität. Beides sehr wichtige Fragen – ohne Zweifel.

Doch muss der Sicherung der Grundwasserreserven viel mehr Aufmerksamkeit zuteil werden.

Neben den zuletzt gehäuft aufgetretenen Trockenjahren 2018–2020 und 2022 ist bei der Grundwasserneubildung in Hessen bereits seit dem Jahr 2003 ein deutlicher Rückgang zu beobachten. Warme Winter mit kaum Schnee, weniger Niederschläge im Frühjahr und lange heiße Sommer nehmen zu. Klimaveränderungen werden weiterhin zu geringerer Grundwasserneubildung führen. Es müssen jetzt sichernde Maßnahmen für den Grundwasserschutz auf den Weg gebracht werden.

Der vollständige Antrag ist hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/grundwasserschutz-mit-konzept/>

Das ist unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
die Frage des Grundwasserschutzes wird in den nächsten Jahren große Brisanz erlangen.
Der Bestand an Grundwasser nimmt ab.

Das zeigen Untersuchungen des Helmholtz-Zentrums für Geoforschung, des Umweltbundesamtes, des Fachbereichs Geowissenschaften der Uni Frankfurt, des Max-Planck-Instituts für Biogeochemie, des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit – um nur einige Quellen zu nennen.

Die Wasserbilanz ist in vielen Regionen bereits dauerhaft negativ.

Das heißt: Es wird mehr Wasser entnommen, als durch Niederschläge versickern kann.

Zudem hat die Verdunstung von Oberflächenwasser seit dem Jahr 2000 enorm zugenommen.

Die Grundwasserneubildung ist damit unzureichend.

Also muss man deutlich sagen: Es geht beim Grundwasserschutz nicht nur um den Wasserverbrauch in kreiseigenen Liegenschaften – wie es im einzigen Absatz zum Thema Wasser im Wetterauer Klimaschutzbericht für 2021/2022 steht. Und mehr steht nicht drin. Und im Klimaschutzkonzept von 2020 steht über Wasser überhaupt nichts drin.

Grundwasserschutz kommt in der Wetterauer Politik bisher leider nicht vor.

Das Einsparen von Wasser und die Sicherung der Trinkwasserqualität sind beides wichtige Fragen – ohne Zweifel. Aber das reicht überhaupt nicht aus!

Immerhin wurde in letzter Zeit auf Landesebene der Wasserschutz vermehrt thematisiert. So hat das Land Hessen einen „Zukunftsplan Wasser“ beschlossen, der sich neben vielen anderen Punkten auch mit dem Grundwasserschutz und der Wasserbilanz beim Grundwasser befasst. Der Schwerpunkt liegt aber auch hier auf der öffentlichen und industriell-gewerblichen Wasserversorgung.

Den zuständigen Kommunen wird bei dieser Aufgabe Unterstützung in Aussicht gestellt. Unklar bleibt, wer jetzt genau für die Grundwasserbilanz zuständig sein soll und welche Maßnahmen für eine ausgeglichene Wasserbilanz ergriffen werden sollen.

Man hat immerhin festgelegt, dass Basisdaten erhoben werden, um die Auswirkungen der Grundwasserentnahme auf die Umwelt abzuschätzen.

Meine Damen und Herren,

wir beantragen heute ein Konzept zur nachhaltigen Sicherung der Grundwasserreserven zu erarbeiten. Wir wissen, dass der Wetteraukreis dafür über sein Kreisgebiet hinausschauen muss. Es sind Kooperationen nötig – vor allem mit dem Vogelsbergkreis. Aber auch mit der Schutzgemeinschaft Vogelsberg, die eine ausgezeichnete Expertise beim Grundwasserschutz hat. Und auch mit den trinkwasserexportierenden Nachbarkreisen Main-Kinzig, Gießen und Marburg-Biedenkopf lohnt sich eine Absprache, zum Beispiel über gemeinsame Fördermengenbegrenzungen. Das sehen wir als nötig an, um mit dem Hauptwasserverbraucher Frankfurt zu Vereinbarungen über Wassereinsparungen zu kommen. Denn das lohnt sich ganz bestimmt!

Zusammenfassend:

Mit einem bisschen Wassersparen in kreiseigenen Gebäuden werden wir nicht weiterkommen bei der Sicherung der Grundwasserreserven! Eine Umwelt- und Klimapolitik des Wetteraukreises muss den nachhaltigen Schutz des Grundwassers in den Fokus nehmen. Das geht nicht ohne ein Konzept und nicht ohne die Kooperation mit benachbarten Akteuren.

Wir bitten Sie also um Ihre Zustimmung zur Ausarbeitung eines Konzepts.

Es gab zwei Änderungsanträge der FPD und der Grünen. Beide wollten zuerst mal die Datenlage zusammentragen und im Kreistag vorstellen. Natürlich haben wir nichts dagegen.

Kurzes Ergebnis der Diskussion: Das ist ein wichtiges Thema, aber wir wollen nichts weiter tun.

Wir tun sowieso schon genug. Außerdem ist das Aufgabe der Kommunen.

Seufz! Wir bleiben dran.

Der zweite linke Antrag befasste sich mit Starkregenkatastern.

Das ist der Antragstext:

„Der Wetteraukreis unterstützt die Kommunen bei der Erstellung von Starkregenkatastern. Auf deren Grundlage können Gefahrengebiete frühzeitig erkannt und präventive Maßnahmen geplant werden.

Der Wetteraukreis wirbt in den Kommunen dafür, dass Kataster erstellt werden, hilft bei der Vermittlung geeigneter Ingenieurbüros, organisiert einen Austausch unter den Kommunen bezüglich präventiver Maßnahmen.

Weiterhin unterstützt der Wetteraukreis die Kommunen bei der Einwerbung der für die Erstellung von Starkregenkatstern ausgewiesenen Hessischen Fördermittel.“

Das wurde ebenfalls abgelehnt.

Doch weil wir es für ein wichtiges Thema halten, hier noch ein paar Argumente:

Die Hessische Starkregen-Hinweiskarte des Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie weist für den Wetteraukreis zahlreiche Gebiete aus, wo die Gefährdungslage für Starkregen als erhöht oder hoch eingeschätzt wird.

Im Wetteraukreis gilt das für die Kommunen Bad Nauheim, Friedberg, Butzbach, Rockenberg, Echzell, Reichelsheim, Karben, Bad Vilbel, Nidda, Büdingen Gedern und teilweise auch für Gebiete in Wöllstadt, Niddatal, Limeshain, Rosbach.

Laut Ministerium vermittelt die Hessische Starkregen-Hinweiskarte nur eine erste Übersicht der Gefährdungslage bei Starkregen. Es wird betont, dass insbesondere in Orten mit größeren bebauten Flächen die herkömmlichen Fließpfadkarten zur Gefahrenabschätzung nicht mehr ausreichen. Zumindest für Kommunen ab mittlerer Größe sei es daher erforderlich, Starkregen-Gefahrenkarten zu erstellen. Damit können die Kommunen eine Abschätzung erhalten, welche Gebäude und welche Infrastruktur besonders gefährdet sind und wenn nötig Präventivmaßnahmen ergreifen.

Das Ministerium weist darauf hin, dass auch dann, wenn in einer Kommune noch keine Schäden durch Starkregen eingetreten sind, trotzdem eine Gefährdung in der Starkregen-Hinweiskarte aufgezeigt sein kann. Diese ergibt sich aus der Versiegelung und den überflutungsgefährdeten Flächen. Dass an einem Ort, den die Hessische Starkregen-Hinweiskarte als gefährdet ausgewiesenen hat, bisher nichts passiert ist, kann also nicht auch für die Zukunft angenommen werden. Zumal die Starkregenereignisse mit den Klimaveränderungen zukünftig häufiger auftreten werden.

Unsere Rede dazu ist hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/ein-starkregenkataster-fuer-jede-kommune-2/>

Antrag der AfD: Kreis soll Remigration fördern

Dieser Antrag ist bemerkenswert. Denn die AfD möchte die Kreisverwaltung als Spitzel zur Aufspürung „illegaler“ Migranten benutzen. Da sollen Daten bereitgestellt werden (ohne Datenschutz), es soll ein transparentes Berichtswesen über die Zahl der Illegalen und die Zahl der Rückführungen installiert werden, Polizei und Ordnungsbehörden sollen häufigere Kontrollen durchführen. Bei der Ausreise soll der Kreis behilflich sein.

Anscheinend haben die US-Methoden bei der Migrantenjagd die AfD beflügelt.

Zum Glück sind hier die anderen Fraktionen stabil und wehren das ab. Das freut uns!

Im Bund scheint das ja nicht mehr durchgängig der Fall zu sein.

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
„Illegal“ klingt so gefährlich! Unterstellt, dass sowieso alle Migranten Dreck am Stecken haben. Eine sachliche Debatte will die AfD vermeiden. Begriffe, wie Flucht und Schutz (Asyl) werden bewusst vermieden. Und mal nebenbei: Es gibt kaum legale Einreisemöglichkeiten nach Deutschland! So wären alle Asylsuchenden illegal.

Und man sollte wissen: 70% der Asylanträge werden positiv beschieden. Bei vielen liegen starke Ausreisehindernisse vor. Und es gibt ja immer noch das Grundgesetz und EU-Recht. Die AfD fordert den Wetteraukreis zum Verstoß gegen geltende Gesetze auf.

Und übrigens: Viele der Migrant:innen arbeiten. Manche Sektoren – wie das Gesundheitssystem – würden ohne Migrant:innen zusammenbrechen. Wir füllen unsere Billigarbeitsplätze mit Migrant:innen und zahlen nicht mal den Mindestlohn. Und dann regen sich hier manche auf, dass sie soziale Hilfen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts brauchen! Wir wollen nur fertige Arbeitskräfte importieren und möglichst wenig Geld in Deutschkurse und Ausbildung stecken. Wollen wir so ein Land?

Der Antrag wurde abgelehnt. Er ist aber leider nur ein Beispiel für mehrere AfD-Anträge in dieser Kreistagssitzung.

Ziemlich krude sind immer die Anträge zu Umweltthemen oder zu Klimamaßnahmen.

Zusammenfassend könnte man es so kommentieren:



Entwarnung!
Klimawandel doch harmlos! Dieser Mann hat sich gerade daran erinnert, dass es auch in seiner Jugend mal heiß im Sommer war



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber